



Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

21. Juni 2011

Darf ich meinen Atommüll in Ihrem Garten vergraben?

Nein? Das kann ich verstehen! Ich würde Ihnen das auch nicht erlauben. Aber ich würde gern Ihren Vorgarten abbaggern, damit ich aus der darunter liegenden Braunkohle Strom erzeugen lassen kann. Wir brauchen schließlich Licht auf der Straße und in den Rathäusern. Das wollen Sie auch nicht? Aber mein Arbeitsplatz hängt davon ab und unser beider Landesregierung hat das doch schließlich so beschlossen!?

Die Konsequenz unserer Fraktion in der Gemeindevertretung heißt: **Strom für das Licht auf den Straßen und in unseren Rathäusern darf nur noch aus erneuerbaren Energien kommen.**

Ja, es wird zu weniger Arbeitsplätzen im reinen Kohlebergbau beitragen. Aber das ist schon Beschlusslage für die Steinkohle und es wird kein Weg an dem Ausstieg aus der Braunkohle vorbei führen. Es sind schon genug Landschaften und Dörfer durch Braunkohletagebaue für immer verändert worden und verschwunden. Wir werden noch in Jahrzehnten die Auswirkungen auf unser Grundwasser spüren.

Setzen wir besser auf die Zukunft und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, vor allem in unserer Region. Schon jetzt werden in Brandenburg in der Industrie zur Gewinnung erneuerbarer Energien mehr Arbeitsplätze geschaffen, als heute noch Menschen in und von der Braunkohle leben.

Aber was kostet das? Heute ist Strom aus erneuerbaren Energien noch ein bis zwei Prozent teurer als aus konventionellen Energieträgern. Das ist per Gesetz so gewollt: Ausgerechnet Stromversorger mit Kernkraftwerken müssen für ihren Problemmüll keinen Cent bezahlen. Das „übernehmen“ die Steuerzahler, also Sie und ich! Wer bezahlt eigentlich die Schäden durch Grundwassersenkungen für die Braunkohleförderung? Na, *auch* die Steuerzahler, denn wer kann den Stromkonzernen schon beweisen, dass die Schäden wirklich mit der Kohleförderung zusammenhängen...? Strompreise allein sind also nicht die Wahrheit.

Wir sind dafür, ehrlicher mit Ihnen umzugehen. Energie ist kostbar und ein wertvolles Gut. Sie hat Ihren Preis. Gehen wir sparsamer mit ihr um, z. B. mit LED-Straßenbeleuchtung. Sie ist praxisreif und die bessere, weil wirtschaftlichere Lösung für die Bürger unserer Gemeinde.

Wir wollen Elektroenergie möglichst regional beschaffen. Wie das gehen kann, zeigt die Stadt Prenzlau in Kooperation mit der Firma ENERTRAG. Das hat Prenzlau den Titel „Stadt der regenerativen Energien“ gebracht.

Sorgen wir dafür, dass nicht irgendwann ein Nachbar vor Ihrer Tür steht und CO₂ vergraben will!

Gunnar Wiench, Gemeindevertreter

Spitzkurve zurück

Kaum zu glauben, wie die Merkel-Mannschaft ins Rennen geht. Vor wenigen Monaten war Strom aus Atomkraft noch die lange gerade Brücke in eine ferne Zukunft. Doch diese hat ein einziger Tsunami in Minuten weggespült! Ausgerechnet ein Hochtechnologieland wird von völlig unterschätzten Naturkräften und dem ungehemmten Profitstreben eines Energiekonzerns komplett aus der Bahn geworfen. Die Folgen sind selbst Monate danach noch nicht absehbar und zu beherrschen.

Ganz schlaue Leute erklären mir jetzt, dass diese Katastrophe unbedingt dort in Japan passieren musste. Hier in Deutschland würden die Kernkraftwerke sogar dem Absturz kleinerer Flugzeuge widerstehen! Also, auf jeden Fall kleinerer...

Sicher lassen sich Risiken begrenzen, aber es gibt sie reichlich: Akuter Kühlwassermangel hat auch europäische AKW schon in Gefahrensituationen gebracht. Materialermüdung und Notabschaltungen gibt es auch hierzulande. Selbst gut ausgebildetes Personal ist im Stressfall nicht vor menschlichem Versagen gefeit. **Führt nur ein einziges solcher Probleme zur Havarie, sind die Schäden so verheerend, wie bei keiner anderen von der Menschheit bisher ersonnenen und angewendeten Technologie!**

In Deutschland gibt es fast für alles und jedes eine Versicherung. Viele davon sind sogar Pflicht. Aber keine Gesellschaft ist bereit, ein AKW zu versichern. Das hat wohl Gründe.

Immer mehr Menschen – und nicht nur Grüne – haben das alles längst begriffen. Das weiß auch die Physikerin Merkel. Sie weiß auch genau, dass seit 60 Jahren Unsummen Steuergelder für die Entsorgung von Atommüll ausgegeben werden, ohne ein nachhaltiges Ergebnis. Sie weiß, wie lange das Zeug strahlt, egal wo es liegt. Um jeden Preis weiter mit dem Geld der Bürger die Gewinne einiger Stromkonzerne sichern? Damit wird sie keine Wahl mehr gewinnen, wie Baden-Württemberg gezeigt hat.

Alles klar zur Wende (nur diesmal „von oben“)! Jetzt wird der Atomausstieg „verordnet“, auch, wenn ein Teil der eigenen Leute damit hadert. Es lohnt sich aber, nach dem Kleingedruckten zu schauen. Richtiger gesagt, nach dem, was doch noch nicht in diesem Rezept steht. Es geht schneller, als bis 2021! Und wer garantiert eigentlich, dass die nächste Bundesregierung das Rad nicht wieder zurückdreht?

Endgültig Schluss mit diesem Zickzack, verlangen DIE LINKEN. Gregor Gysi forderte als erster vor dem Bundestag, den

Atomausstieg durch Aufnahme in das Grundgesetz unumkehrbar zu machen. Von dieser Konsequenz sind andere Parteien noch weit entfernt.

Dass es komplett ohne Kernenergie geht, beweist unser Nachbar Österreich beispielhaft. Die Schweiz hat beschlossen, keine neuen Kernenergieanlagen zuzulassen. Der Volksentscheid in Italien lautet: Ausstieg! Aber in anderen Ländern wird weitergebaut...

Europa und die Welt haben Fragen ihrer Existenz neu zu entscheiden.

Wilfried Hertel

mehr lesen Sie unter:

www.dielinke-petershagen-eggersdorf.de

Libyern ohne Waffen helfen

Im Dezember 2010 übergoss sich der 26-jährige Tunesier Mohamed Bouazizi aus purer Verzweiflung über Armut und staatliche Repressionen mit Benzin und nahm sich das Leben. Seine Verzweiflungstat war der Zündfunke für sich ausweitende bürgerliche Wut, anhaltende heftige Demonstrationen, Proteste und Forderungen nach radikaler Änderung der Zustände im Land.

Die Nachrichten darüber, vor allem aber der augenscheinliche Erfolg des Volksaufstandes in Tunesien führten zu ähnlichen Vorgängen in anderen arabischen Staaten. Aber allein die Entwicklung in Libyen wurde (bis jetzt) ein Fall für den UN-Sicherheitsrat, nachdem bereits einzelne Länder und die EU wegen des massiven Vorgehens des Gaddafi-Regimes gegen demonstrierende Bevölkerungsteile Sanktionen verhängt oder angekündigt hatten und der internationale Ruf nach eingreifen der UN stärker wurde. Als auch die Liga der arabischen Staaten, die Afrikanische Union und die Organisation der Islamischen Konferenz die schweren Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Libyen verurteilt hatten, erließ der UN-Sicherheitsrat am 26. Februar 2011 einstimmig zunächst weitere Sanktionen gegen Libyen.

Bereits knapp 3 Wochen später beschloss der UN-Sicherheitsrat (bei Enthaltung von Russland und China sowie Indiens, Brasiliens und Deutschlands) das militärische Einschreiten zum Schutze der Zivilbevölkerung.

Die zustimmenden Staaten berufen sich auf das seit 2005 von der UN anerkannte Konzept der „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect) gegenüber Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwersten Kriegsverbrechen.

Die Enthaltung Deutschlands löste national eine kontroverse, medial und politisch geführte Debatte aus. Auch international wunderte man sich über diese Entscheidung. Doch die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen begrüßt es, dass sich

Deutschland in Libyen militärisch nicht engagiert.

In meinem Berufsleben habe ich zahlreiche Auslandseinsätze der Bundeswehr begleitet. Ich meine ebenfalls: Unsere Soldaten gehören dort nicht hin! Gaddafi bleibt auferufen, alle Angriffe auf Zivilisten einzustellen, den Rückzug seines Militärs und der Söldner zu befehlen sowie den ungehinderten Zugang humanitärer Unterstützungsleistungen zu gewährleisten. Er muss seine Machtstellung wegen fehlender Legitimität aufgeben und damit den Weg freimachen für ein demokratisches Libyen.

Zweifellos wird ein Erfolg der „Revolution“ in Libyen (ähnlich wie in Tunesien und Ägypten) international gewünscht. Fraglich ist, ob die Unterstützung der Aufständischen auch durch die Bevölkerung im Westen Libyens hinreichend sein wird. Noch profitiert der Diktator von den sehr vielfältigen Macht- und Stammesinteressen in diesem Land.

Die Mutmaßung, dass es den militärisch eingreifenden Staaten ausschließlich um die Sicherung des Zugangs zum Rohstoff Öl ginge, geht m. E. fehl. Das libysche Öl war und wird die einzige beachtliche Einnahmequelle des Landes bleiben. An der in den frühen 70er Jahren erfolgten Verstaatlichung der Ölindustrie dürfte sich selbst bei veränderten Machtstrukturen kaum etwas ändern.

Die militärische Schwächung des Gaddafi-Regimes und seine Überwindung werden dauern, wenn ein Rücktritt nicht bald erfolgt. Danach sieht es gegenwärtig keineswegs aus. Die Fortsetzung des Bürgerkrieges in der Hoffnung zu siegen, wird also für die Aufständischen zunächst die einzige Option bleiben. Die militärische Unterstützung aus der Luft hilft ihnen dabei massiv.

Von deutscher Seite muss mit Nachdruck eine sofortige diplomatische Lösung unter Federführung der UN und unter maßgeblicher Beteiligung islamischer Staaten gefordert werden. **Neben derzeit benötigter humanitärer Hilfe können wir viel zu einem tatsächlichen demokratischen Neubeginn und wirtschaftlichen Aufschwung in Libyen beitragen, ohne Soldaten und wenn die Zeit dafür reif ist.**

Clemens Sacharow

Erwerbsarbeit, von der man Leben kann!

Ende Oktober trifft sich in Erfurt DIE LINKE zum Bundesparteitag um ihr neues Grundsatzprogramm beschließen.

Damit wird eine intensive und engagierte, von Diskussionsfreudigkeit und Sachverstand geprägte Debatte ihren vorläufigen Abschluss finden.

Die lebendige Suche nach den Aussagen des Programms, teilweise wurde sie kontrovers geführt, mündete in konsensfähige Vorschläge für den Parteitag. Sie hat die Partei von der Basis bis zu ihren Vorständen konzeptionell bereichert.

Den Schlusspunkt dieses demokratischen Prozesses bildet ein Mitgliederentscheid

über das neue Programm, der bis zum Ende des Jahres 2011 durchgeführt wird. Ich möchte hier einige Gedanken vorstellen, die im Kapitel „Gute Arbeit“ zusammengefasst sind:

*„Gute Erwerbsarbeit fördert die eigenen Stärken, schöpft Potentiale und eröffnet Perspektiven zur persönlichen und beruflichen Verwirklichung. Gute Arbeit ist vereinbar mit Familie und sozialem Leben... Massenerwerbslosigkeit ist erzwungene Erwerbslosigkeit und muss überwunden werden. Sie ist erniedrigend für die Betroffenen und sie schwächt die Position der Beschäftigten und der Erwerbslosen... Sie verursacht großen finanziellen Druck auf den Sozialstaat... **DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Beschäftigung. Deshalb soll jede Erwerbsarbeit sozial gesichert sein. Wir kämpfen dagegen, dass reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit, Scheinselbständigkeit oder Minijobs ersetzt wird.**“*

Theorie oder wahres Leben? Ganz nahe Wirklichkeit, auch in meiner eigenen Verwandtschaft:

Ein junger Mann nahm seine Berufsausbildung im Metallbereich sehr ernst und belegte zusätzlich einige Spezialkurse im Schweißen, um für den Arbeitsmarkt noch besser gerüstet zu sein. Er fand am Rande Berlins eine Anstellung, befristet für 6 Monate. Arbeitslos, dann wieder Befristung. Arbeitslos und erneut Befristung – dann hätte das Unternehmen ihn fest einstellen müssen. Doch es kam die endgültige Kündigung. Über 30 Bewerbungen wurden geschrieben. Befristete Tätigkeiten in Leiharbeitsfirmen von der Ostsee, über Aachen, Potsdam und Stuttgart folgten. Einsatzzeit und Arbeitsstelle für den nächsten Montag wurden ihm oftmals erst am Wochenende per Handy mitgeteilt. Er hat umsonst Flexibilität bewiesen. Wie soll da ein junger Mensch an den Wert seiner Qualifikation glauben? Wie soll er sich den Traum nach einer eigenen Wohnung erfüllen? Darf er überhaupt mit seiner Freundin an ein gemeinsames Kind denken?

Frau von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit, preist es als ein Markenzeichen der neuen deutschen sozialen Marktwirtschaft, dass Arbeitssuchende jede ihnen angebotene Tätigkeit an jedem Ort anzunehmen hätten. Ansonsten würden Sanktionen folgen! Das wird nun auch verstärkt praktiziert (2010: 827.000mal). Monatlich erhalten deshalb ca. 12.000 Menschen überhaupt keine Hartz-IV-Leistungen.

Deshalb fordern DIE LINKEN konsequent einen gesetzlichen Mindestlohn und gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit bei einzuhaltenden Tarifverträgen. Der Kündigungsschutz ist zu verbessern und *Leiharbeit, wie sie heute zunehmend mißbraucht wird*, muss verboten werden.

Eng einzuschränken sind befristete Einstellungen. Regelmäßige Lohnzuwächse sind notwendig, die mindestens dem Produktivitätszuwachs folgen und die ständigen Preissteigerungen ausgleichen.

Dr. Hagen Kattner
Kreistagsabgeordneter und Gemeindevertreter

21. Friedensfest der LINKEN

am 28. August, 11 bis 17 Uhr,
„Alter Gutshof“, Prötzeler Ch. 7, Strausberg

Gesundheit – nur ein Privileg für Reiche?

Die Bundesregierung hat das „Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV-Finanzierungsgesetz) beschlossen. Es ist seit Januar in Kraft und wird künftig den größten Teil der Kosten des Gesundheitswesens den Arbeitnehmern und Rentnern aufbürden!

Das Gesetz beendet endgültig die bisher paritätische Aufteilung der Beiträge auf Versicherte und Ihre Arbeitgeber. Der Monatsbeitrag der Arbeitgeber und der Rentenversicherung wird auf 7,3% begrenzt. Die Arbeitgeber sind somit an einer Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen nicht mehr interessiert.

Die wachsenden Kosten der medizinischen Versorgung, die durch den demographischen Wandel, die teure Apparatemedizin und die Profite der Pharmaindustrie entstehen, sind künftig allein von den Arbeitnehmern und Rentnern zu schultern. Der monatliche Arbeitnehmerbeitrag von 8,2% wird diese Kosten auf Dauer nicht decken. Deshalb sieht das Gesetz vor, dass jede Krankenkasse selbständig einen sogenannten Zusatzbeitrag erheben kann, wie es schon einige Kassen tun (bislang zwischen 8 und 15 € monatlich). Experten schätzen, dass er bis zum Jahre 2018 auf 50 € steigen kann!

Der vom Gesetzgeber vorgesehene Sozialfonds soll Versicherte unterstützen, die diese hohen Zusatzbeiträge nicht bezahlen können, aber nur in Höhe des Durchschnittszusatzbeitrages aller gesetzlichen Krankenkassen. Beträgt der Zusatzbeitrag der AOK für einen ergänzende Grundsicherung erhaltenden Rentner im Jahre 2016 z. B. 40 €, der Durchschnittszusatzbeitrag aller Krankenkassen jedoch in dem Jahr nur 28 €, so werden nur diese 28 € monatlich erstattet und der Rentner muss die restlichen 12 € selbst aufbringen oder zu einer preiswerteren Krankenkasse wechseln.

Die politische Alternative zu einer 2-Klassen-Versorgung kann nur eine solidarische Bürgerversicherung sein. In diese zahlen alle Bürger einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens aus ihrem Arbeitseinkommen, aus Mieten und Verpachtungen, aus Aktiengewinnen und Renten aller Art ein. Mit dieser Bürgerversicherung könnten die Beiträge sogar etwa um 2% gesenkt werden. Die medizinische Versorgung der Patienten, stationär wie ambulant, würde nicht mehr allein vom Kostendiktat abhängen.

Klaus Körner

AC erscheint ohne feste Reihenfolge.
Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.

Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:
Thomas Kraatz Wolfgang Zielke
Bruchmühler Str. 58 Bötzeestr. 120 b
15370 Petershagen 15345 Eggersdorf